

# Ist die Krise eine Chance?



**Für Herausforderungen der  
Zukunft muss Industriepolitik  
nachhaltig gestaltet werden**

Die fettgedruckten Schlagzeilen in den Zeitungen über die Finanzkrise und ihre Folgen führen uns aufziehendes wirtschaftliches und soziales Unheil, zum Beispiel durch drohende Massenentlassungen, täglich vor Augen. Ähnlich die Klimakrise: Dringende Warnungen von Wissenschaftlern, von Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, Prognosen von Versicherungsgesellschaften, Analysen von Sicherheitsexperten und Meldungen über Wetterextreme fügen sich zu einem bedrohlichen Gesamtbild zusammen. Daraus ergeben sich prinzipielle Fragen, deren Beantwortung die Schlagzeilen der nächsten Jahre prägen werden. Vor allem aber sind sie wesentlich für die Zukunft unserer Gesellschaft und unseres Planeten. Zu diesen Fragen gehören: Wie hängen Wirtschafts- und Umweltkrise zusammen? Was wollen wir, was können wir und was müssen wir in Zukunft verändern? Wie kann eine wirklich nachhaltige Entwicklung gerade in Krisenzeiten erreicht werden?

„Neben offensichtlichen Risiken birgt die Krise der Ökonomie auch eine Chance für die Ökologie“, sagt Christian Hochfeld, Mitglied der Geschäftsführung im Öko-Institut. Seine Vision: Gerade in der Krise ist ein Umsteuern hin zu einer umwelt- und klimaverträglichen Wirtschaftsweise nicht nur notwendig, sondern auch möglich.

Aus unserer Lebens- und Wirtschaftsweise folgt insbesondere für die derzeit heranwachsenden Generationen ein Dilemma: Konsumieren die Menschen in Zukunft we-

niger, kaufen also zum Beispiel weniger Autos, knirschen die betroffenen Wirtschaftsbereiche wie derzeit die Automobilindustrie gewaltig. Und das hätte kritische Folgen etwa für die bestehenden sozialen Sicherungssysteme. Wird aber in der bisherigen Weise gekauft und produziert, mit den bekannten negativen Folgen für Umwelt, Gesundheit und sozialen Zusammenhalt, droht insbesondere der bereits begonnene Klimawandel nicht allein das Wettersystem aus der Bahn zu werfen: Denn die Folgen des Klimawandels bedrohen unsere natürlichen Lebensgrundlagen und stellen unser Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell vor extreme Herausforderungen.

## Umwelt, Wirtschaft und Soziales hängen eng zusammen.

Die aktuelle Weltfinanzkrise und Rezession zeigen besonders deutlich, dass Umwelt, Wirtschaft und Soziales nicht voneinander unabhängige Systeme sind. Folgt aus der Wirtschaftskrise nun eine Renaissance und eine Stärkung des Konzepts der „Nachhal-

tigkeit“? Können die derzeit diskutierte Umstrukturierung der Wirtschaft zu einer umweltverträglichen Wirtschaftsweise (Stichwort: Green Economy) und eine nachhaltige Industriepolitik einen Ausweg aus der Krise aufzeigen? Es geht um mehr als Profitmaximierung nur im nächsten Quartal: Wie bereits Anfang der 1990er Jahre erkannt, brauchen wir Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme, die über Generationen hinweg zukunftsfähig stabil sind und auch Gerechtigkeit zwischen den Nationen schaffen.

Nachhaltige Industriepolitik versteht sich als weiterentwickeltes wirtschaftspolitisches Konzept, in dem Nachhaltigkeit als Ziel von Wirtschaftspolitik, über die klassische Wettbewerbspolitik und Innovationsförderung hinaus, definiert wird. Alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit, die ökonomische, die soziale und die ökologische, bekommen eine angemessene Gewichtung; Gesellschaftliche und soziale Ziele werden innerhalb eines von der Politik gesetzten Rahmens und ökologischer Leitplanken mit der und durch die Wirtschaft erreicht.

Dazu muss der Staat den Primat der Politik wiedererlangen und die Politik ihre Aufgabe ernst nehmen, zukunftsfähige gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu setzen, ohne die der freie Markt ins Leere läuft. Ein Beispiel hierfür sind die unzureichenden Zielvereinbarungen auf EU-Ebene für CO<sub>2</sub>-Emissionen bei Autos, die weder zu einem wirksamen Klimaschutz noch zu

einer zukunftsfähigen Marktpositionierung deutscher und europäischer Automobilkonzerne führte.

Auch Akteure aus Unternehmen und Wirtschaft überdenken ihre gesellschaftliche Positionierung in Zeiten der Wirtschaftskrise und des Klimawandels. Das zeigt die zunehmende Bedeutung des Prinzips der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen (Stichwort: Corporate Social Responsibility). Katharina Schmitt, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Umweltrecht & Governance des Öko-Instituts erläutert: „Die Bewertung der Umwelt- und Sozialverantwortung einzelner Wirtschaftszweige durch das Öko-Institut hat beispielhaft gezeigt, wo konkrete Schritte zur Erreichung höherer Standards gemacht werden müssen. Vor allem das Wechselspiel zwischen einer fördernden – und fordernden – Politik und den ökologischen und sozialen

Aktivitäten von Unternehmen muss verbessert und besser aufeinander abgestimmt werden. Zum Wohle von Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft.“

Ohne veränderte Rahmenbedingungen für die Wirtschaft findet die dritte industrielle Revolution, also die notwendige Umwandlung zur CO<sub>2</sub>-freien und ressourcenarmen Wirtschaft aber nicht statt und lässt sich der Klimawandel nicht eindämmen. Neben schmerzhaften Umbrüchen, wird es auch durchaus erwünschte positive Wechselwirkungen geben. „Eine ambitionierte, nachhaltige Industriepolitik muss als treibende Kraft für Innovationen genutzt werden“, sagt Christian Hochfeld. Weitere Auswirkungen einer nachhaltigen Wirtschaftsweise sind niedrigere Kosten durch Energieeinsparungen, eine verringerte Abhängigkeit von knapper werdenden Rohstoffimporten oder ein stabileres soziales Gleichgewicht,

wenn gesellschaftliche und ökonomische Ziele sich wieder annähern.

Auch die Wege, wie die notwendige wirtschaftliche Umstrukturierung gestaltet werden kann, liegen in gedruckter Form vor. So wendet sich zum Beispiel UNEP, das Umweltprogramm der Vereinten Nationen, mit dem „Global Green New Deal“ insbesondere an Europa: Ein Drittel aller Konjunktur- und Rettungspakete in der Wirtschaftskrise soll für eine Umstrukturierung der Wirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit ausgegeben werden („Greening world economy“), fordern die dortigen Experten. Die Weltwirtschaft muss den Weg des 21. Jahrhunderts beschreiten und die Transformation der Weltwirtschaft vorantreiben.

In Deutschland hat das Bundesumweltministerium in Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsministerium 2006 ein Memo-



**Wir brauchen  
eine dritte  
industrielle  
Revolution.**



randum zu ökologischer Industriepolitik vorgelegt. Eine zentrale Schlussfolgerung lautet: Ökologische Industriepolitik ist nötig, um Deutschland und die EU wirtschaftlich besser aufzustellen. Dabei liegt eine der größten ökonomischen Herausforderung der Zukunft im Umgang mit knapper werdenden Rohstoff- und fossilen Energie-reserven. Aber es gilt weiterzudenken: „In Deutschland und auf europäischer Ebene brauchen wir dringend einen Strukturwandel, der über die klassischen Technologie-sektoren hinausgeht“, fordert auch Christian Hochfeld vom Öko-Institut.

Auf europäischer Ebene ist die grundlegende Strategie der EU zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Europäischen Wirtschaftsraums, die 2000 von den Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten verabschiedete Lissabon-Strategie, in großen Teilen in Bezug auf eine nachhaltige Entwicklung gescheitert. Und so gibt es nun auch in Brüssel den dringenden Bedarf zum Umdenken.

Eine Möglichkeit ist die für das kommende Jahr geplante Revision der Lissabon-Strategie und die damit verbundene Suche nach einem neuen, funktionierenden industriepolitischen Leitbild für die nächsten Jahre. Bisher lag Strategien zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit ein in vielen Zügen eindimensionales, neoliberales Wirtschaftsverständnis zu Grunde, das eine moderne Umwelt- und Wirtschaftsgesetzgebung im Sinne einer Nachhaltigen Entwicklung behinderte.

Ein Hoffnungsschimmer auf europäischer Ebene ist die schwedische EU-Ratspräsidentschaft, die Anfang Juli begonnen hat. Als Vorsitzende des Europäischen Rates der Staats- oder Regierungschefs der Mitgliedsstaaten hat die schwedische Regierung bereits angekündigt, die Entwicklung einer öko-effizienten europäischen Wirtschaft zu einem ihrer Schwerpunkte zu machen.


Trotz positiver Ansätze der Politik gibt es enorme Herausforderungen zum Beispiel im Bereich Ressourceneffizienz: Ist ein noch so effizienter Umgang mit Energie- und Rohstoffressourcen in Europa vor dem Hintergrund sich immer noch rasant entwickelnder Ökonomien, zum Beispiel in China, ausreichend? Wo sind die Grenzen einer doppelten Dividende für Wirtschaft und Umwelt? In wie weit müssen wir unser Konsumverhalten nicht nur ändern, sondern einschränken? Die Entwicklung nachhaltiger und praxisnaher Lösungen, etwa in den Bereichen Konsum, Ressourcenwirtschaft und Unternehmen, steht daher weiter im Mittelpunkt der Arbeit des Öko-Instituts.

*Claudia Kabel*

Das Öko-Institut lädt am Donnerstag, 5. November 2009, nach Brüssel zur internationalen Jahrestagung ein.

Thema: Nachhaltige Industriepolitik.

Infos zum Programm auf Seite 7.

 [c.kabel@oeko.de](mailto:c.kabel@oeko.de)  
[www.oeko.de/093/wissen1](http://www.oeko.de/093/wissen1)

## ConCISEnet setzt neue Akzente

Im Spannungsfeld von nachhaltiger Entwicklung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit entwickelt das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Projekt conCISEnet neue Ansätze für die europäische Industriepolitik. Die Themen sind Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit bei Produktion und Konsum, Möglichkeiten für einen nachhaltigen Strukturwandel in Sektoren wie Energie, Mobilität, Ernährung oder Wohnen und die Beteiligung der Öffentlichkeit bei großen Infrastrukturvorhaben etwa im Bereich nuklearer Endlager.

Es werden Netzwerke zwischen Unternehmen und Konsumenten, Branchen und gesellschaftlichen Institutionen geknüpft. Eine Gruppe hochrangiger VertreterInnen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft diskutiert im Rahmen von conCISEnet notwendige Rahmenbedingungen, um Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit über Innovation in Einklang zu bringen. Geworben wird für eine integrierte Nachhaltigkeitsstrategie Europas – als Voraussetzung und als Chance für neue Akzente.

 [www.concisenet.de](http://www.concisenet.de)